

Information über die Sitzung des Gemeinderats am 29. Juni 2010

Doppischer Jahresabschluss, Wesentlichkeitsgrenzen

Beim Jahresabschluss sollen die Abweichungen im Ergebnis- und Finanzhaushalt nach prozentualem Verhältnis beurteilt werden. Ab welcher betragsmäßigen Differenz die Abweichungen erläutert werden, legt der Gemeinderat durch eine sogenannte Wesentlichkeitsgrenze fest,

Einstimmiger Beschluss:

Die Wesentlichkeitsgrenzen werden wie folgt beschlossen:

Ergebnisrechnung und Finanzrechnung </> 10 %

Teilergebnis- und Teilfinanzrechnungen </> 20.000,00 EURO

Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlüsse 2010 – 2015 des Eigenbetriebs Palatinum

Für die Jahre 2004-2009 war die KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG der Prüfung der Jahresabschlüsse beauftragt. Für die Jahre 2010 - 2015 ist nun die Neubestellung eines Wirtschaftsprüfers erforderlich.

Damit die Prüfungstätigkeit kontinuierlich fortgeführt werden kann, sollte das bisher mit der Jahresprüfung beauftragte Institut wiederbestellt werden. Von einer Vergabeausschreibung kann abgesehen werden, da das zu zahlende Entgelt in der Gebührenordnung festgeschrieben ist und ein günstigeres Angebot somit ausgeschlossen ist.

Einstimmiger Beschluss:

Die Firma KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wird mit der Jahresabschlüsse 2010-2015 des Eigenbetriebs Palatinum beauftragt.

Vertragsgestaltung für die Umbaumaßnahme der Kath. Kindertagesstätte

Durch Beschlüsse des Gemeinderats werden der kath. Kirchengemeinde für den Umbau, Erweiterung und Sanierung der Kindertagesstätte (KiTa) gemeindliche Zuschüsse in Höhe von insgesamt 669.000 Euro gewährt, das sind 90 % der Gesamtkosten. Aufgrund der vorgelegten Rechnungen sind bisher 16 Abschlagszahlungen in Höhe von 536.344 Euro geleistet worden. Bezüglich dieser Kostenbeteiligungen, insbesondere wegen der Zweckbindung und Nutzungsdauer der Einrichtung, ist mit der kath. Kirchengemeinde eine vertragliche Vereinbarung zu treffen.

Seit Juli 2009 wurden zwischen Bistum und Gemeindeverwaltung verschiedene Vertragsentwürfe ausgetauscht. Der der Verwaltung zuletzt zugesandte Entwurf beinhaltet die Forderung, dass sich die Gemeinde in den nächsten 20 Jahren an den tatsächlich anfallenden Sachkosten mit 3.000 Euro je Gruppe und Jahr beteiligt.

Gemäß KiTa-Gesetz hat der Träger der Einrichtung, also die Kirche, für die Sachkosten aufzukommen. Trotzdem leistet die Gemeinde Mutterstadt seit 1991 auf freiwilliger Basis zu den Sachkosten aller kirchlichen KiTas einen Zuschuss von derzeit 3.000 Euro je Gruppe und Jahr. Das sind insgesamt 36.000,00 €

Eine vertragliche und somit verbindliche Festlegung eines gemeindlichen Sachkostenanteils über einen langfristigen Zeitraum ist in der derzeitigen Finanzsituation jedoch nicht vertretbar.

Schließlich müssten alle kirchlichen KiTas gleich behandelt werden. Für die derzeit 12 Mutterstadter KiTa-Gruppen hätte die Gemeinde demnach in den nächsten 20 Jahren 720.000 Euro zu zahlen.

Die Verwaltung legt den nachfolgenden neuen Beschlussvorschlag vor. Die Fraktionen signalisieren Einverständnis, denn das gute Verhältnis zu den Kirchen soll nicht beeinträchtigt werden.

Einstimmiger Beschluss:

Die Gemeinde verpflichtet sich entsprechend ihrer finanziellen Möglichkeiten, den freien Trägern auch weiterhin anteilige Sachkostenzuschüsse zu gewähren. Die Entscheidung über die entsprechende Zuschusshöhe trifft der Gemeinderat im Zuge der jährlichen Haushaltsberatungen.

Dorfmoderation für Ortskernsanierung

Es wird angeregt im nächsten Bauausschuss zu besprechen, wie mit der Dorfmoderation weiter verfahren werden soll. Die Maßnahme sollte nicht noch lange Zeit hinausgeschoben werden, nur um dann vielleicht einen Landeszuschuss bekommen zu können.

Der Vorsitzende erläutert, dass für die Dorfmoderation 15.000,00 € vorgesehen sind, die vom Land zu 80 % bezuschusst werden, Nach den Sommerferien soll bei einem Ortstermin mit dem Innenminister der vorzeitige Beginn der Moderation besprochen werden.

Trotzdem kann die Ortskernsanierung in Absprache mit dem Landesbetrieb Mobilität nicht vor 2014 beginnen, so dass noch genügend Zeit bleibt. Es wird also zu keiner Verschiebung kommen, nur weil wir mit der Moderation noch warten.

Die beiden Verkehrskreisel an der A 61 zwischen Mutterstadt und Dannstadt sollen bis September 2010 und die Autobahnanschlüsse bis Sommer 2011 fertiggestellt werden. Dann wird zunächst der Verkehr im Ort beobachtet. Mit einer weiteren Verkehrsentlastung des Ortskerns wird gerechnet. Erst dann ist die Dorfmoderation sinnvoll.